Allgemeine Informationen der Gemeinde Lindlar zur „Änderung des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG NRW)“ und zur „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Kommunen zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen (Förderrichtlinie Straßenbaubeiträge)“

Die nachfolgenden Informationen beziehen sich auf den nochmaligen Ausbau von vorhandenen Straßen, für die auf der Grundlage des „Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG NRW)“ und der hierzu erlassenen Änderungen in § 8a sowie auf der Basis der gemeindlichen „Straßenanliegerbeitragsatzung“, Straßenausbaubeiträge zu erheben sind.

Eine neue „Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge“ des Landes NRW ist beschlossen worden und in Kraft getreten. Außerdem hat das zuständige Landesministerium ein Muster für ein gemeindliches Straßen- und Wegekonzept bekannt gemacht.

Der Landtag hat am 18.12.2019 das fünfte Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes NRW beschlossen. Das Gesetz beinhaltet in einem neu eingefügten § 8a (Ergänzende Vorschriften für die Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen und über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) folgende neue Regelungen:

1. Transparentes Straßen- und Wegekonzept (§ 8a Abs. 1 und 2 KAG NRW)

Die Gemeinde hat ein transparentes gemeindliches Straßen- und Wegekonzept auf der Grundlage eines durch das zuständige Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung (MHKBG) bekanntgemachtes Muster zu erstellen. Das Straßen- und Wegekonzept beinhaltet dabei keine Vorentscheidungen über eine Straßenausbaumaßnahme. Ziel des Straßen- und Wegekonzeptes ist es, vorhabenbezogenen Transparenz über geplante Straßenunterhaltungsmaßnahmen und Straßenausbaumaßnahmen herzustellen. Gemäß § 8a Absatz 2 Satz 2 KAG sind die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, dieses Muster für die Erstellung des gemeindlichen Straßen- und Wegekonzeptes zu verwenden. Das Straßen- und Wegekonzept ist über den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinde nach § 84 GO anzulegen und bei Bedarf, mindestens jedoch alle zwei Jahre, fortzuschreiben.

2. Einführung einer verpflichtenden Anliegerversammlung im Vorfeld von möglichen Straßenausbaumaßnahmen (§ 8a Abs. 3 und 4 KAG NRW)

Auf der Basis des vom Rat der Gemeinde beschlossenen Straßen- und Wegekonzeptes sollen künftig die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer sowie die Erbbauberechtigten frühzeitig und transparent in eine mögliche Straßenausbaumaßnahme einbezogen werden. Sofern im Straßen- und Wegekonzept nach § 8 a Abs. 1 KAG Straßenausbaumaßnahmen enthalten sind, die vom Umfang

her nur geringfügig sind (z.B. nur Austausch der Straßenbeleuchtung), kann durch Ratsbeschluss auf die Durchführung einer verbindlichen Anliegerversammlung verzichtet und diese durch ein anderes Beteiligungsverfahren (z.B. schriftliches Anhörungsverfahren) ersetzt werden.

Die frühzeitige Durchführung solcher „Anliegerversammlungen“ wird in der Gemeinde Lindlar schon seit vielen Jahren praktiziert.

3. Vermeidung einer möglichen wirtschaftlichen Überforderung von Beitragspflichtigen (§ 8a Abs. 6 und 7 KAG NRW)

Um eine wirtschaftliche Überforderung von Beitragspflichtigen nachhaltig und unbürokratisch zu vermeiden, sieht das Gesetz nunmehr verschiedene Stundungsmöglichkeiten vor.

§ 8a Absatz 6 regelt den besonderen Fall des voraussetzungslosen Ratenzahlungsanspruchs. Anders als bisher, setzt die Gewährung einer Ratenzahlung keine „erhebliche Härte“ mehr voraus. Die Kommunen haben einen weiten gesetzlichen Spielraum, den Beitragspflichtigen auf Antrag die Zahlung der Straßenausbaubeiträge in höchstens zwanzig Jahresraten zu gewährleisten. Der Verzicht auf weitere gesetzliche Voraussetzungen ermöglicht ein unbürokratisches und kostengünstiges Erhebungsverfahren. Der Zinssatz beträgt nicht mehr statische 6 % pro Jahr, sondern passt sich dynamisch der Zinsentwicklung an und beträgt dann 2 % über dem zu Beginn des Jahres geltenden Basiszinssatz nach § 247 BGB, mindestens jedoch 1%.

Alternativ zur Ratenzahlung räumt das Gesetz den Kommunen darüber hinaus das Recht ein, dass aus der Erhebung von Beiträgen für die Ersterschließung von Grundstücken bekannte System der Verrentung entsprechend § 135 Abs. 3 Satz 4 Baugesetzbuch zu wählen. Der Anschlussbeitrag wird hierbei in eine Schuld umgewandelt, die ebenfalls in höchstens zwanzig Jahresleistungen entrichtet werden kann. Der jeweilige Restbetrag wird entsprechend der vorgenannten Ratenzahlung verzinst. Der Unterschied zur vorgenannten Ratenzahlung ist darin zu sehen, dass durch diese Ratenzahlung dem Beitragspflichtigen die Möglichkeit eingeräumt wird, seine Beitragsschuld in einzelnen Teilbeträgen zu begleichen, die eine unterschiedliche Höhe haben können und für die einzelne Zahlungsfristen gewährt werden können. Die einzelnen Teilbeträge sowie ihre Zahlungsfrist sind dem Beitragspflichtigen dann in einem Ratenzahlungsplan aufzutragen. Die Ratenzahlung ist demnach eine besondere Form der Stundung. Der Begriff der Schuldumwandlung ändert allerdings nichts daran, dass die Rentenschuld der Beitragsschuld entspricht. Auch die Rentenschuld liegt demnach wie der in Raten leistende Ausbaubeitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück.

Sowohl bei der Ratenzahlung als auch bei der Verrentung ist eine Tilgung des Restbetrages am Ende eines jeden Jahres möglich. Die Satzung der Gemeinde kann hierzu Näheres bestimmen.

§ 8a Absatz 7 regelt die Stundung für den Fall der wirtschaftlichen Bedürftigkeit und sieht dafür zwei Fallkonstellationen vor. Zum einen sollen Straßenausbaubeiträge auf

Antrag ohne Festsetzung von Fälligkeiten ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Zahlung des Beitrages für die beitragspflichtige Person eine erhebliche Härte bedeutet. Eine erhebliche Härte liegt gemäß § 8a Abs. 7 Satz 2 insbesondere für eine beitragspflichtige Person dann vor, wenn sie über ein Einkommen verfügt, das die Bedarfsgrenze der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe - (in der derzeit gültigen Fassung), um nicht mehr als 20 % des maßgebenden Regelsatzes übersteigt. Weitere Voraussetzung hierfür ist, dass kein anderes Vermögen die Zahlung von Beiträgen zumutbar macht. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass aus der gewählten Formulierung „kein anderes Vermögen“ zu schließen ist, dass das beitragspflichtige Grundstück nicht als Vermögen zählt und die Stundung nicht mit dem Hinweis abgelehnt werden kann, dass das Grundstück veräußert oder belastet werden könne. Für die Verzinsung der Ansprüche gilt die Verzinsungsregelung des Absatzes 6. Der § 8a Abs. 7 sieht weiter vor, dass bei dem Vorliegen einer unbilligen Härte auch auf Zinsen ganz oder teilweise verzichtet werden kann. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes soll eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte dann gegeben sein, wenn durch die Vollziehung des Verwaltungsaktes wirtschaftliche Nachteile drohen, die über die eigentliche Leistung hinausgehen und dadurch der beitragspflichtigen Person ein nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt wird, etwa, wenn durch die Leistung die Insolvenz herbeigeführt oder sonst die wirtschaftliche Existenz gefährdet würde.

Der Antragsteller hat seine wirtschaftliche Lage detailliert vorzutragen und glaubhaft zu machen. Die bloße Behauptung der Existenzgefährdung ist nicht ausreichend. Die Stundung endet, wenn die bewilligten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

4. Räumliche Beschränkung der erschlossenen Fläche und Schaffung eines Ermäßigungstatbestandes für Eckgrundstücke (§ 8a Abs. 5 KAG NRW)

Der grundsätzlichen räumlichen Begrenzung der Erschließungswirkung in der Länge steht die räumliche Begrenzung der Erschließungswirkung in der Tiefe gegenüber. Die Gemeinde darf bereits heute eine sogenannte Tiefenbegrenzung von Grundstücken festlegen und damit bestimmen, wie weit in die Tiefe sich die Erschließungswirkung der ausgebauten Anlage erstreckt. Vom Grunde her wird einem Eckgrundstück von beiden Seiten (oder mehrfach erschlossene Grundstücke) gleichermaßen eine vorteilsrelevante Inanspruchnahmemöglichkeit geboten, wobei eine Eckgrundstücksermäßigung beispielsweise wegen verminderten wirtschaftlichen Vorteilen gewährt werden kann. Vor diesem Hintergrund wird in Absatz 5 klargestellt, dass in kommunalen Straßenausbaubeitragssatzungen eine Tiefenbegrenzung für Grundstücke vorgesehen sowie der Situation von Eckgrundstücken Rechnung getragen werden kann.

Das Änderungsgesetz ist am 01.01.2020 in Kraft getreten. Die Regelungen des § 8a Absatz 6 und 7 (Ratenzahlungsanspruch bzw. Verrentung und Stundung, s. Pkt. 3) sind auch auf vor dem 01.01.2020 bereits abgeschlossene Beitragserhebungsverfahren anzuwenden. Dies gilt nicht, soweit die Beiträge bereits vereinnahmt wurden.

5. Förderprogramm

Zur Erleichterung der beitragspflichtigen Personen bei kommunalen Beitragsforderungen für Straßenausbaumaßnahmen wurde in Flankierung der vorgenannten gesetzlichen Neuregelungen ein Förderprogramm der Landesregierung NRW von jährlich 65 Millionen Euro zu Gunsten der Straßenausbaubeitragspflichtigen aufgelegt und bereits im Landeshaushalt 2020 erstmalig verabschiedet.

Am 23.03.2020 wurde die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Kommunen zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen (Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge) beschlossen und tritt rückwirkend zum 02.01.2020 in Kraft und wird für zunächst 5 Jahre bis zum 31.12.2024 befristet.

Nachfolgend ist der wesentliche Inhalt der Förderrichtlinie dargestellt:

Zuwendungszweck

Ziel des Förderprogramms ist es, die kommunalen Straßenausbaubeiträge zu halbieren und so die Beitragspflichtigen nachhaltig zu entlasten. Zu diesem Zweck übernimmt das Land NRW auf der Grundlage des Förderprogramms den hälftigen Anteil der von den Beitragspflichtigen nach den kommunalen Satzungen (Straßenanliegerbeitragssatzungen) zu zahlenden Straßenausbaubeiträgen.

Rechtsgrundlage

Das Land NRW gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung und des zugehörigen Runderlasses des Finanzministeriums „Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung“ Zuweisungen an Kommunen zur Reduzierung des umlagefähigen Aufwandes für Straßenausbaumaßnahmen und als Folge hiervon der von den Beitragspflichtigen zu tragenden Straßenausbaubeiträgen. Ein Anspruch auf Gewährung einer Förderung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Gegenstand der Förderung

Die hälftige Entlastung der Straßenausbaubeitragspflichtigen für vorgenommene beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen erfolgt durch die Gewährung von Zuweisungen des Landes NRW an die Kommunen. Gegenstand der Förderung ist die einzelne beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahme.

Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Förderung durch das Land NRW wird nur für den abschließend ermittelten, feststehenden umlagefähigen Aufwand einer beitragsfähigen Straßenausbaumaßnahme gewährt, für welche anschließend Straßenausbaubeiträge erhoben werden. Feststehen muss der Gesamtaufwand der Maßnahme nach der vorliegenden Schlussrechnung, aufgeschlüsselt nach Anteilen von Kommune und beitragspflichtigen Anliegern.

Der umlagefähige Aufwand einer Maßnahme kann gefördert werden, soweit die Straßenausbaubeiträge noch nicht bestandskräftig festgesetzt wurden und deren

zugrundeliegende Baumaßnahme vom Rat (oder von einem auf ein anderes vom Rat delegiertes kommunales Entscheidungsgremium) ab dem 01. Januar 2018 beschlossen wurde.

Antragsverfahren

Anträge sind von der Kommune mit einem Antragsformular an die NRW.Bank zu richten. In dem Antrag ist die Straßenbaumaßnahme zu bezeichnen und es sind der Gesamtaufwand der Maßnahme nach der vorliegenden Schlussrechnung aufgeschlüsselt nach Gemeindeanteil und dem von den Beitragspflichtigen zu zahlenden umlagefähigen Aufwand aufzuführen. Des Weiteren ist der Zeitpunkt der politischen Beschlussfassung anzugeben. Die Anträge sind für das jeweilige laufende Haushaltsjahr von der Kommune bis zum 31. März des laufenden Haushaltsjahres vorzulegen. Nach dem Stichtag eingehende Anträge können erst im nachfolgenden Haushaltsjahr berücksichtigt werden.

Bewilligungsbescheid und Auszahlung

Die NRW.Bank als Bewilligungsbehörde bewilligt die Förderung auf Basis eines Bescheidmusters. Die Mittel werden je Straßenbaumaßnahme bewilligt. Die Auszahlung wird automatisch nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheides vorgenommen.

Nachweis der Verwendung

Die Gemeinde legt der Bewilligungsbehörde einen Verwendungsnachweis nach vorgegebenen Muster vor. Der Zuwendungszweck ist mit Bestandskraft aller durch die Gemeinde erlassenen Beitragsbescheide der geförderten Maßnahme erfüllt.

Fragen zu diesem sehr komplexen Thema werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Fachbereich „Öffentliche Verkehrsflächen und Anlagen“ sowie aus dem Fachbereich „Finanzen“ sehr gerne beantwortet.